

Beschlussniederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag, dem 03. Februar 2012, um 20.00 Uhr, im Gemeinschaftsraum der Altenstadthalle.

Es waren anwesend:

Von der Gemeindevertretung:

SPD-Fraktion

Seitz, Jürgen
Dietzel, Dieter
Neuberger, Josef
Baumann, Erwin
Fröhlich, Gisela
Agdas, Ali Riza
Baumann, Michael

CDU-Fraktion

Lipp, Sabine
Leonhardt, Falk
Weber, Beate
Mikusch, Helmut
Vogler, Michael
Vogler, Daniela
Hoppe, Siegfried
Messerschmidt-Holzappel, Otto

FWG-Fraktion

Urbanek, Klaus-Dieter
Wenzel, Anja
Korn, Elke

Bündnis 90/Die Grünen

Ventulett, Karl
Kotula, Brigitte
Lederer, Gisela
Dr. Richter, Jale
Reifschneider, Ursula

FDP-Fraktion

Platen, Christoph
Pfeffer, Claus

Vom Gemeindevorstand:

Syguda, Norbert
Voss, Jan
Hufnagel, Eva
Weil, Günther
Zientz, Werner
Kötter, Erwin
Stahl, Pia
Wörner, Horst
Starck, Robert

Schriftführer:

Imhof, Dominic

Es fehlte entschuldigt:

Brando, Markus
Schilling, Sabine
Ehlert, Heinz
Kohlstetter, Roger
Sulzmann, Peter
Kirchner, Martin
Nix, Ingo
Keim, Christian
Valentini, Bruno
Pinsel, Lucia
Warns-Ventulett, Dorothea

Es fehlte unentschuldigt:

Slabsche, Mathias

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde über die Erweiterung der Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen in der Gemeindevertretung Altstadt (Resolution im Fall der abgeschobenen Mitglieder der Familie Sogamarian) abgestimmt.

Der Beschluss wurde mit 20 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst. Da gemäß § 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung eine 2/3-Mehrheit der gesetzlichen Zahl der

Gemeindevertreterinnen und der Gemeindevertreter für die Erweiterung der Tagesordnung notwendig ist, wurde die Tagesordnung nicht um den Dringlichkeitsantrag erweitert.

Beschlussfassung:

09/0124 Beschlussfassung über Einwendungen zur Niederschrift

Die FDP-Fraktion hat fristgerecht Einwendungen gegen die Niederschrift zu der Sitzung der Gemeindevertretung vom 01. Dezember 2011 eingelegt. Da es sich bei den Einwendungen um inhaltliche Ergänzungen zu dem Protokoll handelt, schlug Bürgermeister Syguda vor, dass die Ausführungen der FDP-Fraktion in das Protokoll der aktuellen Sitzung eingefügt werden. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

08/0115 Beratung und Beschlussfassung über die HH-Satzung der Gemeinde Altenstadt nebst Anlagen

In den Ausführungen wurde durch die FDP-Fraktion die Meinung vertreten, dass aufgrund der Planung eines erheblichen Fehlbedarfs im ordentlichen Ergebnis ein Haushaltssicherungskonzept zwingend sei. Dieses müsse mit der Haushaussatzung dem Sonderfachdienst Revision als dem zuständigen Rechnungsprüfungsamt vorgelegt werden. Gleichzeitig wurde Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer erstmals im (ungeprüften) Jahresabschluss 2009 aufgetauchten „Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ von ca. 7,2 Mio. € geäußert. Ordentliche Ergebnisse gibt es nämlich erst seit Einführung der Doppik 2006. Die danach aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklagen sind aber nach Meinung der FDP-Fraktion bereits verbraucht.

Bürgermeister Syguda bestätigte, dass die Rücklage von 7,2 Mio. € aus kameraler Zeit stamme. Sie sei mit der Revision abgestimmt und natürlich rechtens. Zusätzlich ist auch dies der Grund, warum die Gemeinde Altenstadt kein Haushaltssicherungskonzept benötigt.

Zu Top 08/0119 Anfrage der FDP-Fraktion zum Dorfgemeinschaftshaus Waldsiedlung

Auch hier wurde sich darauf verständigt, dass die Zusatzfragen kurz beantwortet werden, obwohl diese im Grunde keine Berichtigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 01. Dezember 2011 darstellen.

Bürgermeister Syguda erläutert, dass das Konzept Boike / Schaubach vorgesehen hat, dass das Dorfgemeinschaftshaus für viele kulturelle Veranstaltungen der beiden Veranstalter genutzt wird. Die Gemeinde sollte hierbei jedoch in der Hauptsache für das Marketing, die Bestuhlung und den Ticketverkauf eintreten. Darüber hinaus war in dem Konzept enthalten, dass bei schlechter besuchten Veranstaltungen von der Gemeinde eine Ausfallbürgschaft gestellt wird. Herr Schaubach hat mit der Gemeinde den Dialog wieder aufgenommen. Das Ziel des Gemeindevorstandes ist, dass im 1. Halbjahr 2012 noch 2 Veranstaltungen und im 2. Halbjahr 2012 noch 6 Veranstaltungen auf den Weg gebracht werden. Das 2. Halbjahr soll auch entsprechend beworben werden und es ist die Veröffentlichung eines Veranstaltungsflyers geplant.

09/0125

Mitteilungen und Bericht des BürgermeistersA. Bericht des Bürgermeisters

1. Dem TÜV Hessen, Frankfurt, wurde der Auftrag zur Erstellung eines Geräusch- und Geruchsgutachtens für eine mögliche Erweiterung von Baugebieten im Norden von Altstadt in Höhe von rd. 15.100 € incl. MWST erteilt.
2. Zusätzlich wurde dem TÜV Hessen, Frankfurt, der Auftrag zur Durchführung der Sachverständigenprüfungen der Lüftungsanlagen, der nicht selbständigen Feuerlöschanlagen, der RWA-Anlagen sowie der Sicherheitsbeleuchtung der Altenstadthalle, der Gymnastikhalle Höchst, des DGH Waldsiedlung, des Bürgerhauses Lindheim und der Waldsporthalle in Höhe von rd. 8.660 € incl. MWST erteilt.
3. Der FSG Altstadt e.V. wird im Rahmen der Vereinsförderrichtlinien der Gemeinde Altstadt zur Renovierung des Sportheimes ein Zuschuss in Höhe von ca. 6.800 € gewährt.
4. Eine Firma aus Nordhorn erhält den Auftrag zur Neuauflage der Infobroschüre der Gemeinde Altstadt. Erscheinungstermin soll im Spätsommer 2012 sein.

B. Mitteilungen des Bürgermeisters:

1. Die gemeinsame Jahreshauptversammlung der Feuerwehren der Gemeinde Altstadt für das Jahr 2012 findet am Freitag, dem 09.03.2012 um 20.00 Uhr im großen Sitzungssaal der Altenstadthalle statt. Hierzu sind alle Mitglieder der Gemeindevertretung recht herzlich eingeladen.
2. Gegen die Ablehnungsbescheide auf Förderung gemäß der Richtlinien zur Förderung der Umsetzung der Verordnung über die Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder (U3-Betreuung) hat der Gemeindevorstand fristgerecht Klage vor dem Verwaltungsgericht Gießen gegen das Land Hessen erhoben.

09/0126

Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern wurden keine Anfragen gestellt.

09/0127

Anfrage der FDP-Fraktion zum Lichtlieferungsvertrag mit der OVAG (vorher TOP 08/0120 vom 01.12.2011)**1. Welchen Inhalt hat der aktuelle Lichtlieferungsvertrag mit der OVAG?**

Der aktuelle Beleuchtungsvertrag vom 13.03.1992 ist als Anlage beigefügt. Er war Bestandteil des Konzessionsvertrages.

2. Was haben evtl. stattgefundenen Vertragsverhandlungen über die Weiterführung / Änderung des Vertrages ergeben?

Aktuell wurden die Verträge in einen Beleuchtungs- und Stromlieferungsvertrag getrennt (Mai 2011).

Die Verhandlungen sind immer noch nicht abgeschlossen. Es ist weiter zu bedenken, dass wir mit ca. 25.000 € Mehrkosten je Jahr rechnen müssen. Mit Preisgleitklausel erhöhen sich diese Kosten.

Durch die Vertragsunterschrift erkennen wir an, dass die OVAG Eigentümer der Leuchten

(ca. 1.293 Stück) wird.

In unserem Eigentum befinden sich die sogenannten Fremdleuchten (historische Leuchten, ca. 124 Stück).

In dem Vertragsentwurf ist enthalten, dass die OVAG Eigentümer der Leuchten ist, wir aber die Neuerrichtung und den Austausch der Leuchten komplett bezahlen müssen.

Alle Wetterauer Kommunen, außer Büdingen und uns, haben den Vertrag mittlerweile abgeschlossen.

Büdingen wird offenbar bald unterzeichnen.

Trotz der von der OVAG erstellten Gutachten kommen die von uns eingeschalteten Rechtsanwälte zu dem Schluss, dass durchaus auch die Gemeinde Eigentümer sein könnte. Letztendlich lässt sich das nur in einem Gerichtsverfahren klären.

In dieser Sackgasse stecken wir zurzeit.

3. Welche Größenordnung an Stromkosten jährlich hat die bisherige Lichtlieferung, d. h., wie groß wäre ein mögliches Einsparpotential mit neuester Technik?

Um einen Vergleich zu ermöglichen werden der Verbrauch und die Stromkosten angegeben:

2007	2008	2009	2010
479.386 kWh	493.753 kWh	469.607 kWh	462.653 kWh
86,444,15 €	85.485,46 €	86.661,51 €	85.411,18 €

2004 lagen die Stromkosten bei 68.373,22 €.

Eine Aussage zum Einsparpotential für unsere Gemeinde ist zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich.

Als Erstes muss eine detaillierte Bestandsaufnahme der Leuchten im Gemeindegebiet durchgeführt werden.

Die OVAG hat „ihre“ Leuchten aufgenommen.

Wir führen zurzeit die Bestandsaufnahme durch. Diese wird bis Weihnachten abgeschlossen sein.

Danach kann dann mit einem Fachbüro oder vorab mit einem Leuchtenhersteller (Philips) ein Maßnahmenkatalog aufgestellt werden.

Strittig sind dann immer noch die fast 1.300 „OVAG-Leuchten“. Hier geht das nur mit der OVAG.

Ab 2015 werden keine HQL-Leuchtmittel (Quecksilberdampflampen) nach den Vorgaben der EU produziert. Das bedeutet, dass auf jeden Fall bis zu diesem Zeitpunkt Handlungsbedarf besteht.

Das Einsparpotential bei den Stromkosten kann je nach Alter und Ausstattung der Leuchte 50 bis 80 % betragen. Hierbei sind **nicht** die Investitionskosten berücksichtigt.

Diese sind abhängig von dem Alter und der Bestückung der Leuchte. Müssen der Leuchtenkopf, nur der Leuchteneinsatz oder die komplette Leuchte ausgetauscht werden?

Gerade im LED-Bereich ist die Entwicklung in kurzer Zeit enorm. Die Qualität und der Preis verbessern sich ständig.

Eine Alternative sind auch sogenannte Hochdruck-Metallhalogenlampen (CosmoPolis).

Das Ziel unserer Gemeinde muss also sein, einen sogenannten Masterplan aufzustellen, der auf Grundlage der Bestandsaufnahme die effektivsten Maßnahmen mit Bereitstellung der erforderlichen Mittel festlegt.

4. Wurde inzwischen bei anderen, möglichen Anbietern nachgefragt, wenn ja, mit welchem Erfolg?

Die EON hat kein Interesse an einem Beleuchtungsvertrag. Dies wäre nur im Zusammenhang mit dem Konzessionsvertrag interessant gewesen. Neu wurde jetzt mit der SÜWAG Kontakt aufgenommen. Konkret werden wir aber erst nach unserer Bestandsaufnahme mit der SÜWAG sprechen.

Zusätzlich wurde folgende Zusatzfrage gestellt:

Wie und durch wen erfolgt die Bestandsaufnahme der vorhandenen Leuchten im Gebiet der Gemeinde Altstadt?

Die OVAG hat bereits eine Bestandsaufnahme über die vorhandenen Leuchten in Altstadt durchgeführt. Derzeitig laufen Verhandlungen mit der OVAG sowie der SÜWAG über die Fortführung des Stromlieferungs- und Lichtlieferungsvertrages. Mit der OVAG wurden bereits Fortschritte in Sachen LED-Beleuchtung erzielt. So sollen in allen Neubaugebieten LED-Leuchtmittel zum Einsatz kommen und die bestehenden Leuchten nach und nach auf LED nachgerüstet werden. Bis zur Sitzung der Gemeindevertretung im März 2012 können evtl. schon genauere Einzelheiten zu den Verhandlungen mitgeteilt werden.

09/0128

Anfrage der FDP-Fraktion zur Schulerweiterung der Limeschule
(vorher TOP 08/0121 vom 01.12.2011)

1. Welches Ergebnis brachte das im Spätsommer im Rathaus geführte Gespräch mit dem Kreis über diese neue Planung? Was ist darüber im Protokoll festgehalten?

Die Gespräche im Laufe des Sommers und Herbstes haben zu dem Ergebnis geführt, dass eine Einfeldhalle ohne Kostenbeteiligung der Gemeinde gebaut wird und dass der Wetteraukreis, die Schule und der VFL Altstadt einer Außensportanlage mit einer 300 m – Bahn zustimmen.

Wobei als optimal für den Verein eine Anlage mit einer 400 m – Bahn angesehen wird.

Ein Protokoll hierzu gibt es nicht.

2. Wie sieht die Kostenbeteiligung der Gemeinde aus, wenn der gesamte Plan verwirklicht wird, wie bei nur teilweiser Umsetzung?

Die Gemeinde beteiligt sich nicht an den Kosten für die Einfeldhalle.

Die Kostenbeteiligung an einer Mediathek kann zum heutigen Zeitpunkt nicht beziffert werden.

Die Außensportanlage würde von der Gemeinde gebaut werden. Es handelt sich deshalb um eine Kostenbeteiligung des Wetteraukreises.

Die Gesamtkosten betragen, je nach Beschluss der Gemeindevertretung, für eine 400 m- Anlage nach heutigem Kenntnisstand 2.047.000 € zuzüglich Grunderwerb

(mindestens 222.000 €).

Bei der 300 m – Anlage 1.535.000 €.

Unter der Voraussetzung der entsprechenden Kreistagsbeschlüsse kann, nach der Aussage von Herrn Betschel-Pflügel, von einer Kostenbeteiligung des Wetteraukreises in Höhe von 300.000 € zuzüglich MwSt. = 357.000 € ausgegangen werden.

Zusätze nach dem Gespräch am 11.01.2012

Herr Betschel-Pflügel stellt klar, dass er bei dem Gespräch am 08.11.2011 in Altenstadt 300.000 € incl. MwSt. zugesagt hat.

Dies kann von BGM Syguda und Herrn Elbert nicht bestätigt werden. Auf Nachfrage wurde damals von 300.000 € zuzügl. MwSt. gesprochen.

Herr Betschel-Pflügel verweist bei der Klarstellung auf die einheitliche Handhabung vergleichbarer Projekte im Wetteraukreis insgesamt; konkret wird hier das bereits mündlich mit der Stadt Büdingen vereinbarte/avisierte Kofinanzierungsmodell mit 300.000.--€ brutto für eine Leichtathletikanlage unterhalb des Wolfgang-Ernst-Gymnasiums genannt." (die Presse berichtete bei der Einweihung des Anbaus am WEG dazu).

Die Fläche, die sich außerhalb des Zaungeländes auf dem Eigentum des Wetteraukreises befindet liegt im Zuständigkeitsbereich. Dies betrifft dann auch den Bau des im Plan dargestellten Kleinspielfeldes und der verbleibenden Außenanlagen. Die Kostenbeteiligung in Höhe von 300.000 € wird hiervon nicht berührt.

Noch offen ist eine Kostenbeteiligung der Gemeinde an dem Neubau der Einfeldhalle als Ersatz für die jetzige Sporthalle. Da sich die Fläche von 288m² auf 400m² vergrößert, soll sich die Gemeinde mit 50 % an den zusätzlichen Investitionskosten in Höhe von 300.000 € beteiligen. Dies wird von unserer Seite jedoch nicht so gesehen.

3. Wie sieht die weitere Vorgehensweise aus, wer ist wie und wann am Zug?

Als nächster Schritt ist von der Gemeindevertretung die Außensportanlagenvariante zu beschließen.

Eine entsprechende Vorlage liegt vor.

Der Wetteraukreis hat entsprechende Mittel in seinem Haushalt eingeplant. Die entsprechenden Kreistagsbeschlüsse wurden in Bezug auf die Mittel gefasst und zwar 300.000 € für die Außensportanlage, 1.200.000 € für die neue Turnhalle, 600.000 € für die Bibliothek

(Mediathek) und 195.000 € für Brandschutzmaßnahmen.

Danach sind entsprechende Vereinbarungen mit dem Wetteraukreis abzuschließen.

4. Welche konkreten Vereinbarungen müssen wann und wie mit dem Kreis getroffen werden, damit zumindest die Halle gebaut werden kann?

Da die Gemeinde sich nicht an den Kosten für den Bau der Halle beteiligen will, ist für die Halle keine Vereinbarung abzuschließen.

Für die Außensportanlage soll im Laufe des 1. Quartals 2012 eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen werden.

09/0129 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Beratung der Notwendigkeit über eine Standortverlagerung der Supermärkte in Altenstadt

Die Märkte REWE und Penny sind an den jetzigen Standorten zu erhalten. Eine Standortverlagerung wird abgelehnt.

Der Beschluss wurde mit 23 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und null Enthaltungen gefasst.

09/0130 Kaufangebot der KIZ GmbH, Bad Soden-Salmünster, zum Erwerb von Teilflächen der Parzellen Flur 3, Nr. 92 und 94 in Altenstadt zur Realisierung eines Sondergebietes
Grundsätzliche Entscheidung zur Festlegung des Standortes zur Realisierung eines Sondergebietes am Ortsrand in Altenstadt

Das Kaufangebot der KIZ GmbH, Bad Soden-Salmünster, wird abgelehnt.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

09/0131 4. Änderung des Bebauungsplanes „Das Zindelfeld“ im Ortsteil Lindheim
1. Beratung und Beschlussfassung zu den Anregungen und Bedenken aus dem Beteiligungsverfahren gemäß § 4 (2) BauGB i.V.m. § 13a BauGB (öffentliche Auslegung und der Beteiligung der Behörden)
2. Beschlussfassung des Planentwurfs als Satzung gemäß § 10 BauGB
3. Bekanntmachung des Bebauungsplanes nach § 10 (3) BauGB
4. Anpassung des Flächennutzungsplanes

Auf Empfehlung des Ausschusses für Bau, Planung und Verkehr wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Beratung und Beschlussfassung zu den Anregungen und Bedenken aus dem Beteiligungsverfahren gemäß § 4 (2) BauGB i. V. m. § 13a BauGB

Den Beschlussvorschlägen der Planungsgruppe Prof. Dr. V. Seifert, Linden, zu folgenden Anregungen und Bedenken

1.	Amt für Bodenmanagement Büdingen
2.	Deutsche Telekom
3.	DB Services Immobilien GmbH
4.	Regierungspräsidium Darmstadt
5.	Kreisausschuss Wetteraukreis, Strukturförderung und Umwelt

wird zugestimmt.

2. Beschlussfassung des Planentwurfes als Satzung gemäß § 10 BauGB

Die 4. Änderung des Bebauungsplanes „Das Zindelfeld“ im Ortsteil Lindheim wird mit den Festsetzungen nach § 81 HBO Abs. 4 i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB als Satzung beschlossen.

5. Bekanntmachung des Bebauungsplanes nach § 10 (3) BauGB

Der Bebauungsplan ist nach § 10 (3) BauGB bekannt zu machen.

6. Anpassung des Flächennutzungsplanes

Der Flächennutzungsplan wird gem. § 13 a (2) BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

09/0132 Bau einer Außensportanlage an der Altenstadthalle/Limesschule Vorlage der 2 Varianten mit Kostenschätzungen

Zum Bau einer Außensportanlage an der Altenstadthalle/Limesschule wird die Variante 7, Stand 19.01.2012, (300 m Bahn) weiterverfolgt.

09/0133 Aufstellung des Straßenbauprogrammes für 2012

Der Ausschuss für Bau, Planung und Verkehr hat in seiner Sitzung am 23.01.2012 über die Aufstellung des Straßenbauprogrammes für 2012 beraten. Da die einzelnen Maßnahmen bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen von der Gemeindevertretung beschlossen wurden, sind die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen durch die Gemeindevertretung zur Kenntnis genommen worden.

Neubaumaßnahmen:

	Maßnahme	Vor. Kosten
1.	Baustraße – Neubaugebiet „Auf dem Hansenberg Teil II“ im OT Lindheim Kreisverkehr - Anbindung Neubaugebiet „Auf dem Hansenberg Teil II“, OT Lindheim	offen – separate Vorlage
2.	Erschließung Gewerbegebiet „Bei den Lochäckern“, OT Waldsiedlung	ca. 753.000 €
3.	Endausbau Baugebiet „Am Wieschesgraben Teil II“ im OT Altstadt	ca. 195.000 €

Erneuerungsmaßnahme:

	Maßnahme	Vor. Kosten
1.	Erhöhung der K 232 im Überflutungsbereich zwischen Höchst und dem Höchster Kreuz (L 3189).	35.000 €

Straßenunterhaltung:

	Maßnahme	Vor. Kosten
1.	Asphaltierung des Kreuzungsbereiches „Am Weihergarten“ – „An der Hollerstaude“	70.000 €
2.	Asphaltierung des Kreuzungsbereiches „Herrnstraße“ – „Helmershäuser Straße“ im OT Waldsiedlung	9.500 €
3.	Reparaturarbeiten der Gehwege und Straßen in den einzelnen Orteilen	Im Rahmen der Straßenunterhaltung

	6165000 2.63000 541001010
--	---------------------------------

09/0134 Antrag der CDU-Fraktion auf Ankauf eines Grundstückes am Kreisverkehr
Altenstadt

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt und zur weiteren „nicht öffentlichen“ Beratung an den Ausschuss für Bau, Planung und Verkehr überwiesen.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

09/0135 Änderung der Straßenbezeichnung im Bereich Kerlesweg – Ecke
Tanusstraße

Eine Kostenübernahme für Herrn Heppner wird abgelehnt.

Für die nachfolgend aufgeführten Grundstücke im OT Rodenbach werden die Bezeichnungen neu vergeben bzw. geändert:

Das Grundstück 304/2 der Eheleute Hammel erhält die Bezeichnung „Tanusstraße 3a“.

Das Grundstück 282/3 der Eheleute Heppner erhält die geänderte Bezeichnung „Am Kerlesweg 1“.

Das Grundstück 281/1 des Herrn Wenzel erhält die Bezeichnung „Am Kerlesweg 3“.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

09/0136 Umstellung auf regenerative Stromquellen und Einrichtung eines
Arbeitskreises „Energie“

Die Mitglieder der Gemeindevertretung verständigten sich darauf, dass zur Fortführung dieses Tagesordnungspunktes ein Arbeitskreis gebildet wird. Gemäß Beschlussfassung des Ältestenrates vom 12. Dezember 2011 setzt sich der Arbeitskreis zusammen aus

- 2 Vertretern des Gemeindevorstandes
- Je 1 Vertreter aus den Fraktionen
- 1 Schriftführer aus der Verwaltung
- Zusätzlich kann jede Fraktion einen unabhängigen Berater hinzuziehen.

Der Arbeitskreis erhält die Bezeichnung „Arbeitskreis Energie“. Die Fraktionen werden darum gebeten, bis spätestens Freitag, den 10. Februar 2012 die jeweiligen Vertreter für den Arbeitskreis bei der Gemeindeverwaltung zu melden.

Zusätzlich berichtet Bürgermeister Syguda über ein aktuelles Schreiben des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung (Windvorrangflächen) im Gebiet der Gemeinde Altenstadt. Das Schreiben des Regierungspräsidiums Darmstadt ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt. Da das Regierungspräsidium eine Rückantwort bis spätestens 05. März 2012 erwartet, wird vorgeschlagen, dass dieses Anliegen bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung als gesonderter Tagesordnungspunkt in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für

Bau, Planung und Verkehr sowie des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt beraten wird.

Es wurde daraufhin folgender Beschluss gefasst:

Das Schreiben des RP Darmstadt betreffend der Thematik „Ausweisung von Windvorrangflächen in der Gemeinde Altstadt“ wird als gesonderter Tagesordnungspunkt in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Bau, Planung und Verkehr sowie für Landwirtschaft und Umwelt beraten.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Anmerkung:

Es wurde darum gebeten, dass bis zur Sitzung der Ausschüsse fachliche Informationen zu Windvorrangflächen sowie den möglichen Folgen bei einer Festlegung von Windvorrangflächen sowie eine Darstellung der Infrage kommenden Flächen den Mitgliedern der beiden Ausschüsse sowie den Fraktionsvorsitzenden zugeleitet werden.

09/0137 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erschließung eines Gebietes zur Wohnbebauung im Ortsteil Lindheim

1. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Erschließung eines Gebietes zur Wohnbebauung in Altstadt-Lindheim, Heegheimer Straße zu prüfen und der Gemeindevertretung möglichst zeitnah den Vorentwurf eines Bebauungsplanes vorzulegen. Vorgeschlagen wird ein Areal westlich entlang der Heegheimer Straße, angrenzend an die vorhandene Bebauung oder ein anderes geeignetes Gebiet.
2. Entscheidungen über das in Planung befindliche Neubaugebiet Hansenberg werden währenddessen zurückgestellt.
3. Mittel in entsprechender Höhe (ca. 4.000 €) sind für die Prüfung bereitzustellen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

09/0138 Antrag der FDP-Fraktion zum Protest gegen die Anbindung des Neubaugebietes „Auf dem Hansenberg“ im Ortsteil Lindheim

Aufgrund der erfolgten Beschlussfassung zu 09/0137 wurde der Antrag durch die Antragstellende FDP-Fraktion zurückgezogen.

09/0139 Anfrage der FDP-Fraktion zum Förderprogramm der Klimaschutzinitiative der Bundesregierung

1. Ist dem GVO diese Zuschussmöglichkeit bekannt?

Ja, ein gleichlautendes Programm gab es auch 2011

2. Wenn ja, ist bereits ein Antrag gestellt worden und wann?

Nein.

- Für die Erneuerung der Lüftungsanlage des Gemeinschaftshauses Waldsiedlung, deren Ausschreibung bereits läuft, wurden die Daten zusammengestellt und online die entsprechenden Formulare ausgefüllt. Die

Vorgehensweise wurde am 14.01.2012 mit der zuständigen Bearbeitungsstelle Projektträger Jülich, Berlin, besprochen. Die Anträge werden nach dem Datum des Antragseinganges abgearbeitet. Da aus Platzgründen nur ein Gerät mit der Energiereferenzklasse B eingebaut werden kann, jedoch A+ gefordert ist, kann keine Förderung erfolgen.

- Für die Erneuerung der Beleuchtung im Gemeinschaftshaus Waldsiedlung wurden im Haushaltsplan 2012 Mittel bereitgestellt. Anfang Januar wurde mit den Planungen für die Maßnahme begonnen. Da die Voraussetzungen zur Förderung hohe Anforderungen an die Energie- und CO²-Einsparungen stellen, müssen entsprechende Leuchten geplant werden. Wir gehen davon aus, dass die erforderlichen Daten bis zum 10.02.2012 vorliegen und anschließend der Zuschussantrag gestellt wird.

Als Vorbereitung der Umrüstung der gemeindeeigenen 122 historischen Straßenleuchten auf eine LED-Bestückung wurde eine Bestandsaufnahme im November und Dezember 2011 durchgeführt.

Am 20.12.2011 wurden 3 Firmen zur Abgabe eines entsprechenden Angebotes angeschrieben.

Die Angebote liegen noch nicht vor.

Die LED-Entwicklung ist im Laufe des Jahres 2011 in Qualität und Wirtschaftlichkeit mittlerweile soweit fortgeschritten, dass eine Umrüstung sinnvoll erscheint.

Nach Vorlage der Angebote soll ein entsprechender Antrag, spätestens bis zum 30.03.2012, gestellt werden.

3. Für welche Einrichtungen ist ein Zuschuss beantragt worden?

Siehe Antwort zu 2..

Beantragt wird für:

- Erneuerung der Beleuchtung des Bürgerhauses Waldsiedlung.
- Umrüstung der gemeindeeigenen historischen Straßenleuchten.

4. Gibt es ggf. Reaktionen auf einen Antrag oder welche Chancen werden diesem eingeräumt?

- Keine Förderung der Erneuerung der Lüftungsanlage des Gemeinschaftshauses Waldsiedlung.
- Wir gehen davon aus, dass die Erneuerung der Beleuchtung im Gemeinschaftshaus Waldsiedlung gefördert wird.
- Wir gehen davon aus, dass die Umrüstung der historischen Straßenbeleuchtung gefördert wird.

09/0140

Anfragen aus der Gemeindevertretung

1. Es wird angefragt, ob die Möglichkeit besteht, dass zukünftig alle Mitglieder der Gemeindevertretung die Einladungen und Niederschriften des Arbeitskreises Tourismus erhalten können. In der Vergangenheit haben teilweise selbst Mitglieder des Arbeitskreises keine entsprechende Einladung vorab erhalten. Bürgermeister Syguda versichert, dass zukünftig verstärkt darauf geachtet wird, dass „alle“ Mitglieder der Gemeindevertretung und natürlich insbesondere die Mitglieder des Arbeitskreises sowie die Fraktionsvorsitzenden die entsprechenden Einladungen und Informationen

erhalten.

2. Am Freitag, dem 24. Februar 2012 findet ab 19.00 Uhr in der Gymnastikhalle Höchst das traditionelle Grünkohllessen der FWG statt.
3. Es wird angefragt, ob die schriftlichen Antworten auf die Anfragen der Fraktionen zukünftig nur per Mail versendet werden oder ob man diese auch den schriftlichen Einladungen beifügen könne.
Vorsitzender Seitz erläutert, dass eine Mitversendung mit den schriftlichen Einladungen aufgrund des knappen Zeitrahmens nicht möglich ist. Man könne die schriftlichen Antworten aber auch in Form einer Druckvorlage zur Sitzung der Gemeindevertretung verteilen.
4. Es wird angefragt, was mit der seitherigen Bestuhlung im Dorfgemeinschaftshaus Waldsiedlung geschehen ist.
Bürgermeister Syguda teilt hierzu mit, dass die noch nutzbare Bestuhlung entweder in der Altenstadthalle bzw. im Bürgerhaus Lindheim weiter verwendet wird.
Der Anfrage wird angefügt, dass evtl. auch die Feuerwehr Oberau Interesse an einigen der Stühle habe.
Bürgermeister Syguda sagt zu, dass die Verwaltung sich diesbezüglich mit der Feuerwehr Oberau in Verbindung setzen wird.
5. Am Sonntag, dem 12. Februar 2012 findet ab 14.11 Uhr in der Altenstadthalle der Kinderfasching der SPD statt, wozu herzlichst eingeladen wurde.
6. Am Sonntag, dem 19. Februar 2012 findet ab 14.11 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Waldsiedlung der Kinderfasching der CDU statt, wozu herzlichst eingeladen wurde.
7. Am Mittwoch dem 22. Februar 2012 findet ab 18.00 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Waldsiedlung das Heringessen der CDU statt, wozu herzlichst eingeladen wurde.

Ende der Sitzung: 22.20 Uhr

63674 Altenstadt, den 07. Februar 2012

- Imhof -
Schriftführer

- Seitz -
Vorsitzender der
Gemeindevertretung